

# Hitzige Kulturdebatte im Opernhaus

Die Kulturförderung des Kantons Zürich steht kurz vor einem Umbruch: Ab 2022 läuft die Finanzierung durch Lotteriefondserträge aus, ein neues Konzept ist in Planung – die Film- und Medienbranche bangt nun um ihre Zukunft und fordert eine gesetzliche Verankerung der Unterstützung.

Zara Zatti

Die Initianten der Volksinitiative «Film- und Medienförderungsgesetz» um den Verein «Zürich für den Film» luden am Dienstagabend zu einer grossen Kulturdebatte ins Zürcher Opernhaus ein. Grund für die Initiative ist die bevorstehende Umstrukturierung in der Kulturförderung ab 2022. Massgebend für die neue Finanzierung sind der konsolidierte Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) und das neue Lotterie- und Sportfondsgesetz des Kantons Zürich. «Pro Kultur Kanton Zürich» sieht die Beiträge für die Kultur im bereits vorliegenden Entwurf zum Lotterie- und Sportfondsgesetz jedoch als zu gering für eine Erhaltung der bisherigen Förderung (vgl. «Im Gespräch» auf S. 12–13).

Die Initiative fordert nun eine gesetzliche Verankerung der Förderung für die Film- und Medienbranche, wie dies beim Opernhaus Zürich (Opernhausgesetz) und dem Theater Kanton Zürich (Rahmenkredit) bereits der Fall ist. Aktuell erhält das Opernhaus einen jährlichen Beitrag von 84 Millionen Franken, der Beitrag für die Kulturförderung aus dem Lotteriefonds beläuft sich auf 23 Millionen, wovon die Zürcher Filmstiftung 4,65 Millionen Franken erhält.

## Kultur ist kein Luxusprodukt

Der Abend im Opernhaus, das etwa zur Hälfte gefüllt war, startete mit drei kurzen Input-Referaten, die auf den Punkt brachten, wieso Kultur essenziell für den Menschen ist und aus diesem Grund nicht als Sahnehäubchen der Gesellschaft behandelt werden sollte. Michel Pernet, Präsident von «Kreativwirtschaft Schweiz», betonte dabei vor allem den Wert von Kreativität als «Schlüssel-eigenschaft in einer digital globalisierten Welt», in der das gesamte Wissen in Zukunft von Maschinen abrufbar sei. Darüber hinaus leiste der Kultur- und Kreativwirtschaftssektor einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft. Kultur sei also nicht nur Lebensqualität, sondern auch ein wirtschaftlich relevanter Sektor mit vielen Beschäftigten in der Schweiz und einem starken Wachstum. Als Beispiel nennt er die Künstlerin Pipilotti Rist, die ein Kulturunternehmen mit 50 Angestellten führt. Dagegen bezeichnete Laura de Weck, Schauspielerin und Bühnenautorin, die Kunst gerade deshalb als essenziell, weil sie eben nicht gewinn-

bringend arbeitet, und verneinte die Existenz von Kunst als Luxusprodukt. Vielmehr sei sie ein emotionales Bedürfnis einer Gesellschaft. Mit dem geforderten Film- und Mediengesetz sieht sie eine Chance, den Stein auch für andere Kulturbranchen ins Rollen zu bringen.

## Der Kampf um den Kuchen

Während die Befürworter die Initiative als Vorstoss sehen, der gegen die ungleiche Verteilung der Kulturförderung vorgeht, und sich dabei vor allem auf das Opernhausgesetz in Zürich beziehen, nehmen die Gegner genau diese Spartenfinanzierung als Gegenargument. So lehnen Kantons- und Regierungsrat die Initiative ab, da sie unter anderem für kulturelle Vielfalt einsteht und keine Bevorzugung einzelner Branchen durch Spartenetze wollen. Die Sonderstellung des Opernhauses und des Theaters Kanton Zürich sehen sie in der zentralen kulturpolitischen Rolle der beiden Institutionen gerechtfertigt.

Die Initianten hingegen betonen den Zukunftscharakter der Film- und Gameindustrie als Branche mit grosser kultureller und digitaler Innovation. Gerade der Bereich Gamedesign werde aber zu wenig anerkannt und es herrsche ein klischiertes Bild von dem, was Videospiele ausmache, meldete sich Maïke Thiess, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Game Design an der ZHdK in der anschliessenden Publikumsdiskussion zu Wort.

Rochus Burtscher, SVP-Kantonsrat, wünscht sich während der Podiumsdiskussion eine zukünftige Kulturlandschaft, die geprägt ist von Einzigartigkeit und Vielfalt und sieht diese durch Subventionen gefährdet. Er habe die Vision einer selbsttragenden Kultur, sagt er, was auf heftigen Publikums-widerstand stiess. Auch Barbara Franzen, Kantonsrätin der FDP, hofft auf eine künftige Diversität, in der sowohl Tradition wie auch Innovation Platz finden und ist gegen einen Verteilungskampf. Dieser würde schlussendlich zu einer Schwächung der Kultur führen. Auf diese Angst vor einer «Kannibalisierung» der Kunst entgegnet der Grüne Kantonsrat und Regierungsratskandidat Martin Neukom, dass man sich mit der Sonderstel-

lung des Opernhauses bereits mittendrin in einer Spartenförderung befinde.

Diese Sonderstellung wurde von den Zuschauern bereits während der Diskussion immer wieder lautstark bemängelt. Anstatt am Alten festzuhalten, solle man Platz schaffen für neue, innovative Kunst. Insbesondere aus dem Bereich des Gamedesigns meldeten viele Stimmen, mit der aktuellen Fördersituation unzufrieden zu sein. An der ZHdK, der drittgrössten Filmschule Europas, gibt es den Studiengang Gamedesign, viele der Studienabgänger finden nach dem Studium aber keine Anstellung in der Schweiz und gehen ins Ausland.

## Die Zukunft der Kulturförderung

Nachdem der Unmut auf Seite des Publikums immer grösser wurde und gefordert wurde, dass die Podiumsteilnehmer endlich Klartext reden, nahmen diese schliesslich persönlich Stellung zur künftigen Finanzierung. Sowohl Jacqueline Fehr, Regierungsrätin der SP, Barbara Franzen als auch Martin Neukom sind der Meinung, die bisherige Unterstützung mit 23 Millionen Franken soll zumindest beibehalten werden. Fehr betonte den Willen des Regierungsrates, die Finanzierung zu halten, wies aber auf die Budgethoheit des Kantonsrates hin. Neukom machte deutlich, man verfüge über genug Gelder, man wolle es sich einfach nicht leisten, und sprach sich

**«Mit dem Opernhausgesetz befinden wir uns bereits mittendrin in der Spartenförderung.»**

Martin Neukom, Kantonsrat SP

für eine Förderung aus. Rochus Burtscher hingegen nahm keine direkte Stellung, ob es in Zukunft mehr oder weniger geben soll, betonte aber, er habe generell Mühe mit Anspruchshaltungen. Einig sind sich Fehr und Burtscher darin, dass der Verwaltungsabbau in der Branche vorangetrieben werden müsse.

Simon Hesse vom Initiativkomitee wünscht sich aber nicht eine blosser Beibehaltung der Finanzierung für den Film und die Medienkunst, sondern eine deutliche Erhöhung. Geld aus dem Lotteriefonds soll dabei nur für «nicht geplante Investitionen» herbeigezogen werden. Die Kultursparten leiden darunter, dass die Unterstützung nicht gesetzlich verankert ist, so Hesse. Es brauche ein Umdenken in der Kulturpolitik, die Förderung sei Aufgabe eines freien Staates.